

Öffentliche Niederschrift
24. Sitzung des Schulausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 13.06.2024
Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr
Ende Öffentlicher Teil: 16:00 Uhr
Ort, Raum: Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72,
46045 Oberhausen

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Marita Wolter CDU

reguläre Teilnehmende aus dem Rat

Stefanie Opitz	DIE GRÜNEN	Vertretung für: Andreas Blanke
Karin Dubbert	CDU	
Bürgermeister Werner Nakot	CDU	Vertretung für: Gundula Hausmann-Peters
Chris Höppner	CDU	
Simone-Tatjana Stehr	CDU	
Andreas Völker	CDU	
Helga Grothe	SPD	
Dagmar Heitmann	SPD	
Dr. Jörg Schröer-Tebbe	SPD	Vertretung für: Denise Horn
Kira Brinker	SPD	Vertretung für: Maximilian Janetzki
Thomas Krey	SPD	
Sandra Gödderz	DIE GRÜNEN	
Marc Hoff	FDP im Rat	

sachkundige/r Bürger/in

Finn Rubin	CDU	Vertretung für: Johannes Thielen
Maren Großenbrink	SPD	
Stefanie Schadt	DIE GRÜNEN	
Jutta Both	AfD	
Marc Mulia	Linke.Liste	Vertretung für: Angelika Glauch
Dieter Büschken	BOB im Rat	Vertretung für: Ursula Pechner-Gorissen

Mitglied

Cornelia Jansen
Karin Büschenfeld

hinzugewählte Personen

Muhtalif Demirci

Vertreter des
Integrationsrates**Verwaltung**

Christoph Hegener

Anette Quent-Langer

Patricia Wissing

Abwesend**reguläre Teilnehmende aus dem Rat**

Bürgermeister Andreas Blanke

DIE GRÜNEN

entschuldigt

Gundula Hausmann-Peters

CDU

entschuldigt

Denise Horn

SPD

entschuldigt

Maximilian Janetzki

SPD

entschuldigt

sachkundige/r Bürger/in

Johannes Thielen

CDU

entschuldigt

Angelika Glauch

Linke.Liste

entschuldigt

Ursula Pechner-Gorissen

BOB im Rat

entschuldigt

Gäste

Julia Bendorf

Jugendparlament

entschuldigt

Sila Özer

Gesamtschule

Osterfeld

entschuldigt

Gäste und weitere Teilnehmer

Karin Büschenfeld (Bezirksregierung)

Vor Eintritt in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurde die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Drucksache
1	Kenntnisnahmen	
1.1	Kauf und Aufstellung von Raumzellenanlagen am Freiherr-vom-Stein-Gymnasium	B/17/5226
1.2	Bericht Förderprogramm "kinderstark – NRW schafft Chancen“ 2024	M/17/5246
1.3	Förderprogramm Videokonferenzsysteme an Berufskollegs	M/17/5330
1.4	Krisensituationen meistern - Ein Handlungsleitfaden für Schulen der Stadt Oberhausen	M/17/5381
2	Vorberatungen	
2.1	Integriertes Stadtentwicklungskonzept	B/17/5302
2.2	Errichtung von Anbauten zur Erweiterung der Mensen an beiden Standorten der Hirschkampfschule im Rahmen der Umsetzung des zweiten Kapitels des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes in NRW (KInvFöG II) bzw. der Förderrichtlinie Ganztagsausbau	B/17/5372
2.3	Errichtung eines Erweiterungsneubaus an der Melanchthonschule	B/17/5368
2.4	Berufung der Stadtschulpflegschaft in den Schulausschuss der Stadt Oberhausen	B/17/5375
2.5	Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Produktbereich 03 – Schulträgeraufgaben für Ganztagschulen im Primarbereich; Hier: Offener Ganztag – Erhöhung des kommunalen Eigenanteils ab dem 01.08.2024 sowie Erhöhung der Zahlungen für die Küchenkräfte	B/17/5385
2.6	Neufassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Beschulung Oberhausener Kinder an der GGS Moltkeschule in Dinslaken	B/17/5388
3	Anträge	

TOP	Betreff	Drucksache
3.1	Antrag der CDU-Fraktion gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt - Sachstandsbericht zur Kooperation der Stadt Oberhausen mit der Bildungsinitiative RuhrFutur	A/17/5415
4	Mitteilungen der Verwaltung	
4.1	Sachstandliste aller Baumaßnahmen und Planungen an Schulen	

Niederschrift**Öffentlicher Teil**

1 Kenntnisnahmen

Frau Wolter eröffnet die Sitzung.

Die Einladung sowie die Nachtragstagesordnung und die Niederschrift der letzten Sitzung sind den Mitgliedern form- und fristgerecht zugegangen. Die Niederschrift des 23. Schulausschusses vom 25.04.2024 wird ohne Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

Frau Wolter stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

**1.1 Kauf und Aufstellung von Raumzellenanlagen am Freiherr-vom-Stein-Gymnasium
B/17/5226
zur Kenntnis genommen**

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.2 Bericht Förderprogramm "kinderstark – NRW schafft Chancen“ 2024
M/17/5246
zur Kenntnis genommen**

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.3 Förderprogramm Videokonferenzsysteme an Berufskollegs
M/17/5330
zur Kenntnis genommen**

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.4 Krisensituationen meistern - Ein Handlungsleitfaden für Schulen der Stadt Oberhausen
M/17/5381
zur Kenntnis genommen**

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

2 Vorberatungen

**2.1 Integriertes Stadtentwicklungskonzept
B/17/5302
ohne Votum vorberaten**

Frau Stehr (CDU) hebt die Leitziele und vor allem die qualitative und quantitative Sicherung positiv hervor. Frau Stehr lobt darüber hinaus wie viele Mittel in Bildung investiert werden und wünscht zeitgleich die Fortsetzung dieser Investitionen.

Herr Mulia (Die Linke) empfindet die nachfragegerechten Ziele als sinnvoll, fragt aber nach den Umsetzungen. Herr Mulia würde sich freuen, wenn die Folgerungen mit mehr Nachdruck umgesetzt werden.

Frau Gödderz (Die Grünen) schließt sich der Meinung an und meldet aufgrund der Oberflächlichkeit Beratungsbedarf an.

Der Schulausschuss berät die Drucksache ohne Votum vor.

**2.2 Errichtung von Anbauten zur Erweiterung der Mensen an beiden Stand-
orten der Hirschkampfschule im Rahmen der Umsetzung des zweiten Kapi-
tels des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes in NRW (KInvFöG II)
bzw. der Förderrichtlinie Ganztagsausbau
B/17/5372
ungeändert vorberaten**

Frau Stehr (CDU) begrüßt die Entscheidung, da die räumliche Enge beseitigt wird und es eine besondere Bedeutung für die Schulen und Kolleg:innen hat. Es ist schade, dass die Prüfung der Zusammenlegung negativ ausgefallen ist, da eine Dependence immer eine Belastung darstellt, so Frau Stehr.

Der Schulausschuss berät die Drucksache einstimmig zustimmend vor.
--

**2.3 Errichtung eines Erweiterungsneubaus an der Melanchthonschule
B/17/5368
ungeändert vorberaten**

Frau Gödderz (Die Grünen) begrüßt diesen Anbau, stellt aber die Frage, ob die Raumzelle abgebaut wird und die Toilettenanlage stehen bleiben kann.

Herr Dabels (SBO) erläutert, dass die Raumzelle abgebaut wird, wenn der Neubau steht. Des Weiteren führt Herr Dabels aus, dass das Gelände im Vorfeld zum Baubeginn in der Leistungsphase 5 nach der Baugenehmigung zur Baustellenlogistik geprüft wird. Falls der Boden nicht tragfähig ist, wird die Zufahrt über den Schulhof erschlossen.

Frau Gödderz (Die Grünen) erfragt, ob die Toilettenanlagen vorher abgebaut werden kann, um eine Spielfläche generieren zu können.

Herr Dabels (SBO) äußert, dass der Plan im Hintergrund bedacht ist, aber vorrangig die Zufahrt über die Grünfläche geprüft wird.

Herr Krey (SPD) ist erfreut darüber, dass die Raumzellen aus dem letzten Jahr nur als temporäre Lösung gesehen wurden, sieht jedoch die Kostensteigerungen als besorgniserregend an, da der Haushalt nicht viel Spielraum lässt.

Herr Dabels (SBO) versichert, dass in der Haushaltsmittelanmeldung bisher der Teil der Planungskosten bedacht wurde und die verbleibenden Kosten in Leistungsphasen auf den Haushalt über die Jahre aufgeteilt wurden, sodass nach Abschluss der Planung die Kosten genauer in den Haushalt korrigiert eingepflegt werden können.

Frau Opitz (Die Grünen) kann die Aussagen von Herrn Krey nachvollziehen, sieht sich als Verfechterin einer guten Ausstattung der Bildungsinstitutionen, sodass sie jeglichen Anbau begrüßt und auf Einsparungen verzichten möchte.

Frau Stehr (CDU) hinterfragt Versäumnis der Gebäudeertüchtigung. Das Toilettengebäude ist 50 Jahre, der Pavillon 35 Jahre alt und die Stadt gut beraten wäre, die bestehenden Gebäude regelmäßig zu pflegen.

Herr Krey (SPD) verdeutlicht, dass er sich mehr Vorlagen mit einer mittelfristigen Planung zu Maßnahmen und damit Planungssicherheit zur Schulraumoptimierung gewünscht hätte. Es gibt einen Unterschied zwischen erwünschten und vorhandenen Haushaltsmitteln erklärt Herr Krey.

Herr Beigeordneter Schmidt erläutert, dass in Bezug auf die Planungssicherheit solche Maßnahmen bis zum Ende durchgeführt werden und die Kämmerei intensiv mit einbezogen wurde. Es gibt noch weitere ähnliche Maßnahmen, die beschlossen werden müssen und die Verwaltung sowie die SBO sind daran interessiert, ein Gesamtbild für die Politik zu zeichnen, um zu verdeutlichen, welche Projekte anstehen und welche Belastungen diese zur Folge haben, so Herr Schmidt.

Der Schulausschuss berät die Drucksache einstimmig zustimmend vor.
--

- | | |
|------------|--|
| 2.4 | Berufung der Stadtschulpflegschaft in den Schulausschuss der Stadt Oberhausen
B/17/5375
ungeändert vorberaten |
|------------|--|

Der Schulausschuss berät die Drucksache einstimmig zustimmend vor.
--

- | | |
|------------|--|
| 2.5 | Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Produktbereich 03 –Schulträgeraufgaben für Ganztagschulen im Primarbereich; Hier: Offener Ganztag – Erhöhung des kommunalen Eigenanteils ab dem 01.08.2024 sowie Erhöhung der Zahlungen für die Küchenkräfte
B/17/5385
ungeändert vorberaten |
|------------|--|

Herr Krey (SPD) begrüßt die Vorlage ausdrücklich und bedauert, dass eine Vorlage überhaupt notwendig ist. Er führt weiter aus, dass eine nicht vorhandene konkrete Ausgestaltungsrichtlinie durch das Land für OGS ab 2026 untragbar ist und die Kommunen zu einer zusätzlichen Finanzierung gedrängt werden. Herr Krey lobt die etwas längerfristig angelegte Finanzierung der Verwaltung und erkennt diese als beste Möglichkeit in der schwierigen Situation an.

Herr Beigeordneter Schmidt verweist auf die Diskussion im letzten Jahr und erläutert die schwierige Lage der Träger aufgrund der gestiegenen Personal- und Betriebskosten. Die Gespräche wurden seitens der Verwaltung mit den Trägern aufgenommen, um die Trägervielfalt zu erhalten, die Angebotsvielfalt zu harmonisieren und ein Ganztagsangebot bis zur Realisierung des Rechtsanspruchs sicherzustellen, so Herr Schmidt.

Herr Mulia (Die Linke) sieht im Offenen Ganztag ein ernsthaftes Problem, da die Kopfpau-

schalen nicht auskömmlich sind und der Offene Ganzttag nur aufgrund der schlechten Bezahlung funktioniert, was kein tragbarer Zustand ist. Herr Mulia begrüßt, dass die Stadt Oberhausen mit der zusätzlichen Finanzierung den Trägern hilft.

Frau Stehr (CDU) begrüßt, dass die Verwaltung diese Vorlage trotz des angespannten Haushalts auf den Weg gebracht hat und sieht gerne die Investitionen in den Offenen Ganzttag.

Der Schulausschuss berät die Drucksache einstimmig zustimmend vor.
--

**2.6 Neufassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Beschulung Oberhausener Kinder an der GGS Moltkeschule in Dinslaken
B/17/5388
ungeändert vorberaten**

Frau Stehr (CDU) bedankt sich für die Vorlage und ist an einer guten gemeinsamen Lösung mit Dinslaken interessiert. Sie bittet jedoch Herrn Schmidt den §3 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung genauer zu erläutern und einen Sachstand zu geben.

Herr Hoff (FDP) ist irritiert und äußert, dass der damals gefasste Beschluss weniger Kosten beinhaltet hat. Darüber hinaus sagt Herr Hoff, dass die Stadt Dinslaken Herrin des Verfahrens ist und aufgrund des versäumten Ausbaus die Stadt Oberhausen die Mehrkosten mittragen muss. Das Gesamtkonzept beinhaltet Sicherheitsmaßnahmen für die Stadt Dinslaken, er befürchtet aber Probleme bei Beschlüssen zur Nichtaufnahme Oberhausener Schüler und Schülerinnen.

Herr Krey (SPD) widerspricht und führt aus, dass auch Oberhausen verzögert baut und unterstellt der Stadt Dinslaken keine Böswilligkeit. Stellt aber auch die Frage, bei einer Kostenübernahme von 40 % nach einer Garantie der Schulplätze in Höhe von 40 %.

Frau Opitz (Die Grünen) schließt sich der Fragen an und bringt die Zukunft der Kastellschule, der Schule an der Oranienstr. und der Königsschule ins Gespräch.

Herr Beigeordneter Schmidt führt aus, dass ergänzend zu den damals geführten Verhandlungen eine Vereinbarung mit Dinslaken getroffen wurde, um interkommunal zusammenzuarbeiten und sich gegenseitig zu unterstützen und abzusichern. Die Stadt Oberhausen schafft durch die Vereinbarung dringend benötigten Schulraum und beteiligt sich anteilmäßig anhand der Schüler:innenzahlen an den sachgerechten Kosten, so Herr Schmidt. Die Formulierungen in der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung sind, laut Herrn Schmidt, mit der Kämmerei abgestimmt und werden durch die schriftliche Erklärung der Dezernentin aus Dinslaken ergänzt. Herr Schmidt äußert, dass die Erhöhung der Baukosten aufgrund der Verzögerungen angemessen sind und die Schulplatzkapazität auch ohne rechtliche Einkerzungsmöglichkeit für die Schüler:innen aus Oberhausen in Dinslaken vorgehalten werden.

Der Schulausschuss berät die Drucksache einstimmig zustimmend vor.
--

3 Anträge

**3.1 Antrag der CDU-Fraktion gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt - Sachstandsbericht zur Kooperation der Stadt Oberhausen mit der Bildungsinitiative RuhrFutur
A/17/5415
zur Kenntnis genommen**

Frau Barzel führt aus, dass die Stadt Oberhausen als letzte Stadt bei RuhrFutur beigetreten ist und sich die Stiftung Mercator mit dem Schulministerium in Verhandlungen befindet. Die finanzierten Koordinierungskräfte gibt es leider für keine teilnehmende Stadt mehr, sodass mittlerweile die gemeinsame Entwicklung sowie der Austausch zwischen den Städten in den Fokus rückt, so Frau Barzel.

Frau Stehr (CDU) würde es begrüßen, wenn die Verwaltung eigene Ideen entwickelt und im Schulausschuss vorstellt, um proaktiv auf die Initiative zuzugehen.

Der Schulausschuss berät den Antrag einstimmig zustimmend vor.
--

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.1 Sachstandliste aller Baumaßnahmen und Planungen an Schulen

zur Kenntnis genommen

Herr Beigeordneter Schmidt ergänzt die Mitteilungen der Verwaltung und berichtet über die positive zweijährige Verlängerung bei der Bezirksregierung bzgl. des § 132c SchulG für den Hauptschulabschluss an Realschulen.

Darüber hinaus erklärt Herr Schmidt, dass bis zum 01.07. eine Vertragsvereinbarung mit dem VRR zur Verlängerung des Deutschlandtickets abgeschlossen und vom Rat befürwortet werden muss, aber das Themengebiet seitens der Verwaltung aufgearbeitet und in einem separaten Termin den schulpolitischen Sprecher:innen erläutert wird.

Bezüglich des Startchancenprogramms erklärt Herr Schmidt, dass die Verwaltung an einer Videokonferenz teilgenommen hat, aber es immer noch einige offene Fragen gibt, die das Land in den kommenden Wochen beantworten möchte.

Herr Krey (SPD) findet, dass das Programm von der Landesregierung ungünstig angegangen wurde, sodass kein Ratsbeschluss so kurz vor den Sommerferien mehr möglich ist.

Herr Beigeordneter Schmidt führt aus, dass bei der letzten Videokonferenz über die Säule der Schulinvestitionen mit der unbekannten Höhe des Eigenanteils berichtet wurde und im Nachgang dann rechtlich abgesicherte unverbindliche Absichtserklärungen mit den teilnehmenden Schulen gezeichnet wurden. Wenn alle mitmachen, kann es nur positiv für die Schüler:innen sein, äußerte Herr Schmidt sich zuversichtlich.

Herr Mulia (Die Linke) erkundigt sich nach einem Antrag an die Stadt, die beauftragt worden ist, Schulraum zu erschließen.

Frau Büschenfeld (Bezirksregierung) sagt, dass das Thema Schulraum alle Kommunen in NRW beschäftigt und es eine neue Schülerzahlenentwicklung nach dem Sommer geben wird. Frau Büschenfeld führt weiter aus, dass aufgrund der Schulformwechselkonferenz die abgehenden Schüler:innen von den Gymnasien aufgenommen werden müssen, es jedoch keine Kapazitäten gibt und die Kinder nicht versorgt werden können. Dafür gibt es viele nicht zu prognostizierende Gründe, aber das Thema muss zwingend behandelt und im besten Fall in einer Gemeinschaft im Schulausschuss erörtert werden, welche sich aus Schulträger, Schulaufsicht und schulpolitischen Sprecher:innen zusammensetzt, so Frau Büschenfeld.
die

Frau Stehr (CDU) begrüßt die Bildung einer Arbeitsrunde und beurteilt den Sachverhalt als wiederkehrendes Thema im Gremium des Schulausschusses positiv. Es sollte damit zu Lösungsfindungen beitragen um den Schüler:innen gerecht zu werden und nicht in letzter Minute reagieren zu müssen.

Herr Krey (SPD) bedankt sich für die deutlichen, klaren und ehrlichen Worte. Es müssen dringend Lösungen gefunden werden, so Herr Krey, um die Schüler:innen zu beschulen und den Schulraum auszubauen.

Frau Gödderz (Die Grünen) erklärt, dass eine kurzfristige Lösung für das neue Schuljahr nicht mehr möglich ist und befürwortet einen regelmäßigen Austausch und damit zukünftige Problembeseitigung

Frau Sawallich (Leitung GS Weierheide) erläutert, dass sich „die Schlinge“ zugezogen hat und nach eigenem Ermessen Schüler:innen nicht mehr aufgenommen werden können. Frau Sawallich weist auf die brisante Lage im nächsten Schuljahr hin und verdeutlicht, dass Mehrklassen nur noch auf Anweisungen der oberen Schulaufsicht gebildet werden können.

Herr Mulia (Die Linke) begrüßt die Lösungssuche, ist jedoch verärgert über die Untätigkeit in den letzten Jahren, da das Problem abzusehen war. Herr Mulia fordert mindestens eine weiterführende Schule oder im besten Fall zwei weiterführende Schulen, da Oberhausen im NRW-Vergleich bei der Größe der Klassen im oberen Bereich liegt.

Herr Hoff (FDP) ist irritiert über die aktuelle Lage, da sich die Ereignisse in den letzten Jahren gehäuft haben, sodass ein Bedarf an Kapazitäten vorher ersichtlich gewesen sein muss. Darüber hinaus weist Herr Hoff auf den Engpass der Lehrer:innen hin, was ein weiteres Problem mit dringendem Handlungsbedarf darstellt.

Frau Stehr (CDU) führt aus, dass jedoch in den vergangenen Jahren die Schulformwechsel nicht prognostiziert werden konnten und begrüßt einen runden Tisch zum Austausch.

Herr Beigeordneter Schmidt verdeutlicht, dass die Brisanz des Themas beim Schulträger bekannt ist und weist auf die Mannigfaltigkeit der Einflussfaktoren hin. Darüber hinaus verweist Herr Schmidt auf die Liste der Baumaßnahmen und führt aus, dass kein anderer Bereich eine derart ausladende Baumaßnahmenliste hat und in diesem Jahr mehr Maßnahmen angestoßen werden als die Jahre zuvor. Herr Schmidt verdeutlicht die Bedeutsamkeit einer perspektivischen Ausrichtung und befürwortet den Gedanken zu einem gemeinsamen Austausch.